

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stimmung des Dichters entspricht. Wenn Poe auch gerade auf die dunkle Vokalregion Wert legt, so ist die Transposition in das hellere Register ohne allzu große Einbuße der Wirkung zu ertragen, zumal im deutschen «nimmermehr» der Nebensinn der Leere echohaft mitschwingt.

Was hier an den vier Worten des Refrains entwickelt ist, ließe sich durchgehend durch das ganze Gedicht nachweisen. Doch sind ja gerade die akustischen und rhythmischen Effekte des Gedichtes so augenfällig, daß ich mich mit dem Refrain begnügen durfte.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Frankreich — Ungarn — Marshallplan: das sind die Gesichtspunkte, die das Geschehen der letzten Wochen für den europäischen Bereich charakterisieren. Es besteht dabei der Eindruck, als wären gewisse Ereignisse in diesem Rahmen fast über Gebühr dramatisiert worden, wo es sich doch nur um den weiteren Ablauf voraussehbarer Dinge gehandelt hat. Was insbesondere die Geschehnisse in *Ungarn* betrifft, so scheinen einige recht rasche Urteile gefällt worden zu sein, ohne daß man sich also die Mühe genommen hätte, gewisse Hintergründe abzuklären. Vielleicht ist dies übrigens heute noch gar nicht möglich. Aber dies zwänge zu desto vorsichtigerer Würdigung. In diesem Zusammenhang muß es jedenfalls auffallen, daß selbst durchaus rechtsstehende englische Blätter vor einer überstürzten Beurteilung dieser Dinge lebhaft gewarnt haben. Ganz sicher gilt dies mit Bezug auf die inneren Verhältnisse bei den «kleinen Landwirten», die ja eine Zeitlang sehr im Mittelpunkt der Diskussion gestanden haben. Und da muß denn doch wieder daran erinnert werden, wie diese Partei bei den Wahlen des Herbstes 1945 — diese waren für die Zusammensetzung des heutigen Parlamentes ursprünglich maßgebend — eine so auffallende Stimmenzunahme verzeichnete, daß der Verdacht sehr nahe liegt, es hätten sich eben in dieser Partei alle jene Elemente ein Unterkommen gesichert, welche für die ungarische Politik der Zwischenkriegszeit und der Kriegszeit selbst verantwortlich sind — eine Politik, über die ja weiter keine Worte zu verlieren wären. Zu diesen Dingen bemerkte nun eben ein großes rechtsstehendes Organ der englischen Presse, die Russen hätten auf Grund solcher Verhältnisse für die Zeit nach dem Abzug ihrer Truppen eine Art «Staatsstreich» befürchtet, durch den sie dann um ihren politischen Einfluß im Lande gebracht worden wären:

«Die Russen glauben — so schreibt ‚Daily Express‘ —, daß Ungarn mit seinen enteigneten Feudalmagnaten und Millionen rückständiger Bauern den besten Boden für einen schlechten Gebrauch der, wenn auch vielleicht wohlgemeinten amerikanischen Hilfe bieten würde. Gewiß haben alle diese Befürchtungen der Russen einen fantastischen Anstrich. Es darf aber nicht vergessen werden, daß sie die Befürchtungen eines Volkes sind, das eben erst die furchtbarste Invasion der Geschichte, an der sich auch ungarische Divisionen beteiligten, erlitten hat...»

Sicher mag man solche Äußerungen in mancher Beziehung mit Skepsis betrachten,

— und doch erscheinen sie gerade von dieser Seite — also von seiten des Organs eines englischen Presselords — recht bemerkenswert. In letzter Linie aber wird bei diesem heiklen Komplex eben die Frage entscheiden, ob Ungarn zu der russischen Einflußzone zu rechnen ist oder nicht. Dies wird einmal entschieden werden müssen. Und es besteht aller Grund, zu vermuten, daß hierüber, wie über manches andere in diesem Zusammenhang, mit der weiteren Entwicklung der Dinge im Rahmen «Truman-Doktrin—Marshallplan» entschieden werden wird.

Mag es auch paradox erscheinen — die Entwicklung der Dinge in *Frankreich* gibt heute, nach Abzug des ersten Gewitters, eher wieder zu einer Beurteilung Anlaß, die etwas günstiger sein mag. Auch hier sind anscheinend die Dinge etwas zu sehr dramatisiert worden. Natürlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Entfernung der Kommunisten aus der Regierung und dem seuchenartigen Ausbruch der Streiks. Aber unser Korrespondent hat sicher recht, wenn er einfach auf die offensichtliche Notlage als die eigentliche Ursache der Misere hinweist. Gewiß hat auch hier die Propaganda der Sowjetunion scharf gearbeitet. Aber wir glauben kaum, daß bei einem Arbeiter oder kleinen Beamten der Pariser Region mit einem Einkommen von monatlich 7000 Franken, ja mit einem Einkommen von monatlich 10 000 oder 15 000 Franken eine große Propaganda nötig ist, damit er sein Schicksal als unerträglich empfindet, zumal wenn er eine Familie zu ernähren hat. Auch die mittleren Beamten sind im Grunde gar nicht besser daran, wenn man die gewissen unvermeidlichen äußeren Pflichten auch mit aller Vorsicht einrechnet. Das ist eben das Unglück in Frankreich, daß ein wirklich soziales Empfinden einfach zu fehlen scheint: auf der einen Seite großer Luxus, auf der andern Entbehrung — im Grunde war es dort von jeher so, nur sind die Dinge durch die allgemeine wirtschaftliche Verelendung des Landes — als Folge der deutschen Besatzungspolitik — eben bis zur Unerträglichkeit gesteigert worden. Und doch besteht Anlaß, nun — nach dem Abzug des ersten Gewitters — die Entwicklung wieder mit etwas größerer Zuversicht zu beurteilen, weil es dem französischen bon sens gelang, die tödliche Gefahr für die republikanischen Institutionen vorerst abzuwenden. Gewiß — die Regierung hat schwere Konzessionen eingehen müssen; aber die Zuflucht zu dem berüchtigten «letzten Ausweg» — also zum Autoritären — blieb vermieden. Und das ist doch ein großer Erfolg. Irgendwie ist übrigens auch hier der Zusammenhang mit der amerikanischen Nachkriegshilfe erkennbar: die USA werden in Frankreich kein autoritäres Regime, sondern die Republik stützen.

Und nun sind jenseits des Ozeans anscheinend mächtige Kräfte am Werk, die im Sinne einer großen politischen Planung vorgehen wollen, die weit über das hinausgeht, was man als «Truman-Doktrin» bezeichnet hat; — kein Zweifel: sie war in einem bestimmten Augenblick europapolitisch und weltpolitisch notwendig, aber im Grunde war sie doch eine etwas gar zu simplistische Angelegenheit. Natürlich ist auch das Neue, der «*Marshall-Plan*», nicht aus Liebe zu Europa geboren, sondern er ist wohl das Produkt guter wirtschaftlicher Disposition, durch welche die Welt zu einer relativen, vornehmlich aber die USA zu einer dauernden Prosperität gelangen sollen. Nun wird sich zeigen müssen, wie weit eine solche Planung im jetzigen Zeitpunkt schon führen kann. Denn vielleicht sind die Gegensätze zwischen den Mächten noch zu groß — zu groß ist wahrscheinlich vor allem *das große Mißtrauen*, das unter den Mächten, in der Hauptsache auf der russischen Seite, eine sehr verhängnisvolle Rolle spielen will. Scheitert der Plan in seiner großen Dimension, so dürfte er dorthin zurückgeführt werden, wo wohl seine Ursprünge lagen — nämlich

in der *Planung des großen Westblocks*. Das würde freilich die Fortsetzung, ja die Steigerung des hartnäckigen Ringens in den Einflußzonen und um die Einflußzonen bedeuten, bis eines Tages dann die Gleichgewichtslage erreicht ist. Bei diesem Ringen aber ist, zugegeben, Rußland nach wie vor *eine große Unbekannte*; — denn viel zu sehr widersprechen sich die Meinungen der sachverständigen Beurteiler dieses Landes heute noch, als daß man sagen könnte: hier liegt die Wahrheit.

Zürich, Ende Juni.

Jann v. Sprecher.

Pariser Brief

In den gegenwärtigen Zeiten sind *Regierungsschwierigkeiten* fast immer ein Charakteristikum des Monats Juni. Er hat eine schwache Nahtstelle, es ist eine Periode der mangelhaften Neuverproviantierung, in der sich die soziale Frage in ihrer ganzen Tragweite offenbart. Für das Schatzamt ist es im übrigen eine Verfallzeit, in der dem Finanzminister heikle Probleme gestellt werden.

Die im Lande ausgebrochene *Streikbewegung* folgte dem *Weggang der kommunistischen Minister*. Man streitet darüber, ob hier ein Kausalzusammenhang vorliegt. Der Eisenbahnerstreik schien sich ohne äußere Einwirkung zu entwickeln. In der Tat ist kein einziger Streikbefehl von den verantwortlichen Gewerkschaftsführern ausgegeben worden. Als aber der Ministerpräsident sie ersuchte, den Streik zu mißbilligen, lehnten sie dies ab, aus Furcht, wie sie sagten, nicht angehört zu werden. Man kann auch den kennzeichnenden Vorfall in einer Werkstatt erwähnen: die Streikenden hatten es sich zur Pflicht gemacht, die schwarze Fahne der Anarchie zu hissen; ihre Kameraden hatten die größte Mühe der Welt, an deren Stelle eine rote Fahne aufziehen zu lassen! Auch wenn diese Geschichte nicht wahr sein sollte, hat sie eine gewisse symbolische Bedeutung. Auf alle Fälle hat man nie so viel von Trotzismus gesprochen wie heute.

Was ist Trotzismus? Die Gründe der im Jahre 1928 in Moskau erfolgten Spaltung sind heute vergessen, und nur einige Spezialisten wären in der Lage, uns die Ansichten des im Jahre 1940 in Mexiko verstorbenen Leo Trotzki über die heutige Welt mitzuteilen. Nach heutigem Sprachgebrauch bedeutet Trotzismus Abspaltung vom moskowitzischen Kommunismus. Fügen wir bei, daß es sich um eine Abspaltung nach links handelt. Klar ausgedrückt: es handelt sich um die Leute, die «contra» und durch das Wort «anti» verbunden sind. Man ist Antikapitalist, Antikolonist, Antimilitarist, und man verurteilt das System Stalins als bürokratisch. Es handelt sich um eine durchaus negative Einstellung.

Gibt es eine Vierte Trotzistische Internationale, oder gibt es sie nicht? Das ist vielleicht eine müßige Frage. In der Tat ist die Zweite Internationale nicht wiederhergestellt, die Dritte durch Stalin aufgelöst worden. Sollten die als Trotzisten bezeichneten Leute ohne Vorbehalt Anarchisten sein? Dies ist eine schwer zu beantwortende Frage, denn die Zeit ist vorwärts geschritten, und die Anarchisten vom Beginn des Jahrhunderts scheinen uns weit überholt.

In der Tat genügt die durch schwierige Lebensbedingungen hervorgerufene Unzufriedenheit vollständig, um die Streikbewegung zu erklären, ohne daß man sich deswegen teuflische Anschläge ausdenken muß. Indessen kann man es nicht hindern, von der Tatsache überrascht zu sein, daß diese Streiks ganz besonders im Sektor der öffentlichen und verstaatlichten Dienste entstanden sind. So trugen sie den Charakter gegen die Regierung gerichteter Streiks. Unter diesen Umständen ist nur ein kleiner Schritt zu der Annahme nötig, ein politischer Gedanke habe die Streiks beeinflußt.

Diese seltsame Tatsache sollte vor allem dazu führen, sich nach der *Lage des Arbeiters der öffentlichen Dienste* zu erkundigen. Ist es für ihn ein Gewinn, den

Staat als Arbeitgeber zu haben? Die ganze sozialistische Kritik hat sich auf den Nachweis versteift, der kapitalistische Profit werde zum Nachteil der Arbeiterklasse erzielt. Die *Verstaatlichungen* haben den kapitalistischen Gewinn zum Verschwinden gebracht, aber an dessen Stelle tauchen die *Defizite* auf. Die Tatsache dieser Defizite lastet auf den Lebensbedingungen der Arbeiterbevölkerung. Die Pflichten gegenüber dem Arbeiter auf der einen, gegenüber der Staatskasse und den Konsumenten auf der anderen Seite setzen den Staat als Arbeitgeber einem Dilemma aus. Werden die Gehälter erhöht, so müssen Gas, Elektrizität, Bahnbillette teurer verkauft werden.

Eine Lösung des Streites zwischen dem Staat als Arbeitgeber und seinem Personal ist sehr schwierig, so daß einzelne sich nicht scheuten, die Organisation eines Schiedsgerichtssystems vorzuschlagen. Aber ein Schiedsgericht zwischen dem Staat und irgend einer sozialen Klasse ist undenkbar. In der Tat würde der Schiedsrichter als eine Art oberster Diktator auftreten, der über der Regierung schwebt...

Die Schwierigkeit dieser Sachlage beleuchteten die Vorfälle anlässlich des Konflikts in den Gas- und Elektrizitätswerken. Ein höherer pensionierter Beamter, Grünebaum-Ballin, wurde gebeten, Vermittlungsvorschläge einzureichen. Man betonte, es handle sich nicht um ein Schiedsgericht, sondern um eine Vermittlung, obgleich sich in Tat und Wahrheit diese beiden Begriffe nur durch eine Schattierung unterscheiden. Auch sollten die Vorschläge «im Rahmen der Regierungspolitik» vorgebracht werden.

Hatte der Experte die Tragweite dieser Formel falsch bemessen? Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Regierung seine Vorschläge beiseite schob und neue ausarbeiten ließ. Hierüber herrschte bei den Vertretern der Arbeiterschaft große Aufregung, und der Streik drohte neuerdings auszubrechen... So wird der Anschein erweckt, der Weg der Verstaatlichung sei voller Fallstricke. Man hatte geglaubt, die Verstaatlichung werde Streiks gegenstandslos machen, in einem verstaatlichten Unternehmen würde ein Streik seitens der Arbeiter den Charakter eines Streiks gegen sie selbst annehmen. Man sieht, die Wirklichkeit hat ein etwas anderes Gesicht.

Der tiefere Grund für diese sozialen Bewegungen liegt vor allem in der durch Krieg und Inflation entstandenen Unordnung. Die Preise entsprechen nicht einem natürlichen Gleichgewicht zwischen Ware und geleisteter Arbeit. Die Experten sagen uns, daß, unter Berücksichtigung des Frankenwertes, Eisenbahn, Gas und Elektrizität in Frankreich billiger seien als in anderen Ländern. Deswegen wird die Bevölkerung eine Preissteigerung auf diesen Gebieten nicht etwa weniger schwer empfinden.

Das *Blumsche Experiment* der Preissenkung und der Blockierung der Gehälter naht also demnächst seinem Ende. Es war von unbestreitbarer Bedeutung, indem es der Hausse Einhalt gebot. Es ließ eine neue und gesunde Psychologie aufkommen, aber es hatte seine Grenzen in sich selbst. Die Gesundung zwingt zu einer Verbesserung der allgemeinen Grundlagen. Um wieder hochzukommen, muß Frankreich über *Kredite* und ihm fehlende *Rohstoffe* verfügen können. Gerade jetzt beginnt sich in den *Vereinigten Staaten* eine Bewegung zugunsten einer wesentlichen Hilfe an Frankreich abzuzeichnen, einer Hilfe, die Frankreich eine Priorität für seinen Wiederaufbau einräumen würde. Es ist dies ein Postulat, das die amerikanische Zeitung «*Life*» in einem in Paris stark beachteten langen Aufsatz des Herausgebers unterstützt. Es wird darin ausgeführt, daß die Vereinigten Staaten, trotz ihrer gewaltigen Mittel, nicht gleichzeitig der ganzen Welt helfen können, gleich wie ein Stratege seine Armeen auch nicht auf allen Punkten des Erdballs zersplittern kann. Man muß einen *Plan*, und man muß einen *Vorrang* festlegen. Der Grund, weshalb es sich geziemt, Frankreich an erster Stelle zu helfen, liegt darin, daß ein genesenes Frankreich die beste Sicherheit gegen ein Durchsickern des Totalitarismus in Europa bilden würde. Man sieht, die politische Absicht ist offenkundig. Gewiß wird es Franzosen geben, die *Timeo Danaos et dona ferentes* murmeln werden, aber sie werden eine Minderzahl bilden.

Paris, Mitte Juni.

Bertrand de la Salle.

Londoner Brief

«Undurchdringliches Dunkel verbirgt uns die Zukunft unseres *indischen Reiches*. Vielleicht wird sich das öffentliche Bewußtsein Indiens unter unserem System so kräftig entwickeln, daß es diesem System eines Tages entwachsen sein wird. Vielleicht werden wir unsere Untertanen durch gute Regierung dazu erziehen, einer noch besseren Regierung fähig zu sein. Ob ein solcher Tag jemals kommen wird, das weiß ich nicht. Nie aber werde ich versuchen, diesen Tag abzuwenden oder hinauszuschieben. Wenn er einmal kommen sollte, so wird er der *stolzeste Tag der englischen Geschichte* sein». Mit diesen Worten schloß Macaulay am 10. Juli 1833 eine Rede, in der er dem Unterhaus das indische Problem jener Zeit mit dem ganzen Reichtum seiner historischen Argumente und blendenden Formulierungen vorführte. Dieser «stolzeste Tag der englischen Geschichte» scheint jetzt vor der Tür zu stehen: am 15. August 1947 will Großbritannien seine Herrschgewalt eingeborenen indischen Regierungen überliefern, wenn der Plan rechtzeitig durchgeführt werden kann, den Premierminister Attlee am 3. Juni dem Parlament vortrug. Aber dieser Geburtstag der indischen Unabhängigkeit wird gleichzeitig der Todestag der indischen Einheit sein. Niemand zweifelt, daß an Stelle dessen, was heute noch «Britisch Indien» ist, zwei Reiche, Hindustan und Pakistan, treten werden.

Das Ende des bisherigen Systems britischer Herrschaft war nur noch eine Frage der Zeit, seitdem im Frühjahr 1942 die damalige Koalitionsregierung Churchill unter dem Druck der japanischen Gefahr den Minister Sir Stafford Cripps mit dem Angebot nach Indien geschickt hatte, dem Indischen Reich die Stellung eines sich selbst regierenden «Dominions» zu geben, d. h. es mit Kanada, Südafrika und — Irland auf eine Stufe zu stellen, so daß es mit dem britischen Weltreich nur noch durch ein einziges, fast mehr symbolisches als juristisches und dazu einseitig lösbares Band verbunden sein sollte, die gemeinsame Anerkennung der englischen Krone. Cripps' Mission scheiterte ebenso wie alle späteren Versuche an dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den beiden ausschlaggebenden politisch-religiösen Organisationen. Der die Hindus repräsentierende Kongreß unter Gandhi und Pandit Nehru fordert ein einheitliches Indien, in welchem die Mohammedaner eine wenn auch in ihren Rechten geschützte Minderheit bilden sollten. Die Moslem-Liga hingegen, deren anerkanntes Haupt Jinnah ist, besteht auf der Unabhängigkeit und Selbständigkeit derjenigen Provinzen, in denen die Mohammedaner die Mehrheit haben und deren Anfangs-Buchstaben nach angelsächsischem Brauch in dem Schlagwort «Pakistan» zusammengefaßt wurden. Seitdem die Mohammedaner die Kongreß-Hindus unter der Herrschaft der Verfassung von 1935 in den Provinzen am Ruder gesehen hatten, war ihre Überzeugung unerschütterlich, daß sie unter einer solchen Majoritäts-Herrschaft nicht besser, sondern schlechter fahren würden als unter dem bisherigen System. Darum boykottierte die Liga auch die verfassunggebende Nationalversammlung, die seit dem vorigen Herbst tagt. Als das englische Kabinett in diesem Februar den Entschluß ankündigte, spätestens im Juni des nächsten Jahres Indien zu räumen, entstand hier eine große Aufregung, weil es noch völlig ungewiß war, ob bis dahin eine verantwortliche indische Regierung zustandekommen werde, der die Macht übergeben werden könnte, ohne einen blutigen, unabsehbaren Bürgerkrieg heraufzubeschwören, — und die unaufgeklärte plötzliche Abberufung des Vizekönigs Lord Wavell war nur geeignet, diese Aufregung noch zu erhöhen.

Aber der Erfolg hat der Regierung Attlee insofern recht gegeben, als der Druck dieser Situation dem neuen Vizekönig *Lord Mountbatten* die von ihm offenbar sehr geschickt ausgenutzte Möglichkeit gegeben hat, einen Kompromiß zwischen den indischen Parteien zu vermitteln, und Churchill, der im Februar am stärksten Alarm geschlagen, hat das jetzt mit bezeichnender Selbstüberwindung rundweg öffentlich anerkannt. Sachlich bedeutet der Kompromiß im entscheidenden Punkt ein Nachgeben des Kongresses gegenüber der Moslem-Liga. Die mohammedanischen Provinzen

erhalten die staatsrechtliche Möglichkeit, sich von dem übrigen Indien zu trennen. Es handelt sich in erster Linie um zwei Gebiete: Pundschar im Nordwesten und Bengal im Nordosten. Aber beide Gebiete werden nicht in ihrem bisherigen Umfang aufrecht erhalten bleiben, denn nur in einem Teil von ihnen besteht eine mohammedanische Mehrheit, und die andern Teile werden aller Voraussicht nach von der ihnen gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen, sich loszusagen. Unter dieser Voraussetzung wird z. B. Bengal seine bisherige Hauptstadt Kalkutta, eine Stadt von mehr als zwei Millionen Einwohnern, die Kohlengruben und die wichtigsten industriellen Bezirke verlieren. Zudem werden beide Gebiete durch eine Entfernung von etwa tausend Kilometern voneinander getrennt sein. Die wirtschaftliche Zukunft von Pakistan ist also noch ganz dunkel.

Auch wenn der vereinbarte Teilungsplan sich reibungslos und ohne Blutvergießen abwickelt, bleiben noch viele hochwichtige Fragen unbeantwortet. Werden Hindustan und Pakistan Dominions und damit Bestandteile des Britischen Commonwealth bleiben, werden beide oder eines von ihnen sich völlig selbständig machen? Was wird aus den bisherigen gemeinsamen Einrichtungen, besonders aus der indischen Armee und dem Verkehrssystem? Wie werden sich die Staaten der indischen Fürsten, darunter so volkreiche wie Hyderabad und Myhore, verhalten? 400 Millionen Menschen leben in Indien. Unter der britischen Herrschaft, die ihnen zum ersten Male in ihrer langen Geschichte einen für viele Generationen dauernden Frieden gewährt hat, haben sie sich mit unerhörter Schnelligkeit vermehrt. Wird das neue, selbständige, aber geteilte Indien sich diesen Frieden und zugleich die Sicherheit vor auswärtigen Angriffen bewahren? Oder droht ihnen das Schicksal der österreich-ungarischen Nachfolgestaaten?

So groß diese indischen Probleme vor dem Auge des Betrachters stehen, den Engländern liegen notwendigerweise die europäischen Probleme näher, und sie sind wahrlich dringend und zahlreich genug. Was wird mit *Deutschland*? Ein Schritt vorwärts scheint mit der Einrichtung des *gemeinsamen «Wirtschaftsrates»* für die britische und amerikanische Zone durch das Abkommen vom 2. Juni getan zu sein — fast ein Jahr nachdem der grundsätzliche Beschluß der administrativen Vereinigung der beiden Zonen gefaßt worden war. Er schafft wenigstens die verwaltungsrechtliche Unterlage für durchgreifende Maßregeln zu der so dringend nötigen Wiederbelebung der zerrütteten Wirtschaft. Ob von ihr der richtige Gebrauch gemacht werden wird, hängt davon ab, ob die «Länder» sich für die entscheidenden Posten über Persönlichkeiten verständigen können, die Initiative und Ideen haben. Etwas kompliziert erscheint freilich der neue Apparat. Die Delegierten der Länder-Parlamente erinnern an das Reform-Projekt, das Kaiser Franz Joseph 1863 dem Deutschen Fürstentag vorlegte, und das Bismarck durch seine Forderung der «deutschen Nationalrepräsentation» übertrumpfte und beseitigte; das ist vielleicht symbolisch für den völlig veränderten Anblick, den das deutsche Problem nach 75 Jahren Deutschen Reiches heute, besonders auch im englischen Urteil, bietet. So wenig wie Deutschlands Nachbarn wünscht England je wieder ein mächtiges einheitliches Deutsches Reich zu sehen. Aber es will auch keinen Trümmerhaufen in der Mitte Europas.

Schon deswegen mußte es *Staatssekretär Marshalls Aufforderung an die Völker Europas*, sich über einen gemeinsamen Wiederaufbauplan zu verständigen, mit Beifall aufnehmen, besonders nachdem er Mißtrauische mit der Erklärung beruhigt hatte, daß er auch Rußland einschließe. Daher dürfte Bevins enthusiastische Zustimmung ebenso der allgemeinen Auffassung entsprechen wie seine Bereitschaft, die Initiative zu ergreifen, die er durch seine Reise nach Paris in die Tat umgesetzt hat. Das sind natürlich nur schwache Anfänge, aber vielleicht die Anfänge großer Dinge.

Innerpolitische Fragen können heute nicht näher erörtert werden. Bemerkenswert ist aber, daß das *Haus der Lords* zum ersten Male wieder seit seiner großen Niederlage im Jahre 1911 eine praktische politische Rolle spielt, und zwar als revidierende Kammer, welche die Fehler und Unterlassungen des Unterhauses bei der

durch dieses durchgepeitschten Transport-Bill nachprüft. Auch seine Gegner geben zu, daß es das mit großer Sachkunde und ernster Verantwortlichkeit tut. Theoretisch ist es immer noch eine Versammlung der adligen Herren, die sich nur die Mühe zu geben brauchen, geboren zu werden. Praktisch ist es ein Senat «älterer Staatsmänner» und erfahrener Geschäftsleute, die wirklich etwas zur Sache zu sagen haben. Eine echt englische Entwicklung!

London, Ende Juni.

Ignotus.

Brief aus Italien

Die Scheinwerfer des internationalen Journalismus belichten neuerdings andere Gefilde als das augenblicklich sensationsarme Italien. Darf daraus schon nach dem Sprichwort: von guten Hausfrauen spricht man wenig, geschlossen werden, daß sich alles zum besten gewendet hat? Wohl kaum. Immerhin spielt Italien gerade jetzt lediglich eine *Statistenrolle* im großen west-östlichen Drama, und dies kann dem Lande nur zum Vorteile gereichen. Noch vor wenigen Wochen war es anders. Seit-her haben die Ereignisse in Ungarn und Frankreich die Entwicklung in unserm südlichen Nachbarstaate überschattet, aber daneben scheint sich nun doch endlich die schon lange überfällige *Konsolidation* anzubahnen. Trotz aller bisherigen scheinbaren Parallelität im Ablauf der politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse in Frankreich und Italien glauben wir, daß dieses Land dem Wiederaufstieg näher steht als jenes. Sechs Monate ungestörte Regierungstätigkeit, einige hundert Millionen Dollar Anleihen, fünfzigtausend Touristen und die Emigration einer halben Million Arbeitsloser würde genügen, um Italien in den Sattel zu helfen.

Wird das nach der hierzulande üblichen vierzehntägigen Krise gebildete vierte Kabinett De Gasperi dieses Minimalprogramm durchführen können? An seinem guten Willen und der Tüchtigkeit seiner Ministerkollegen (man denke an Männer wie Sforza, Einaudi, Corbellini) ist nicht zu zweifeln. Ob aber das auf eine kleine Mehrheit sich stützende Kabinett der Aufbauarbeit wird obliegen können, hängt von Washington und Moskau ab. Von Amerika braucht Italien Rohstoffkredite, von Moskau Ungestörtheit. Sind ihm dieselben gewiß? Sicher ist man sich in den amerikanischen politischen Kreisen bewußt, daß Italien Finanzhilfe braucht, aber statt sie rasch und willig zu erteilen, was schon des psychologischen Effektes wegen dringend geboten wäre, läßt man die Mission Lombardi wochenlang antichambrieren. Dabei wird doch der nun auf das Frühjahr 1948 festgesetzte Wahlgang vom Erfolg oder Mißerfolg De Gasperis in den kommenden Monaten maßgeblich beeinflußt werden. Gelingt es ihm, die Inflation abzustoppen, einigermaßen Ordnung in das deroutierte Finanzsystem zu bringen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, so wird er damit nicht nur das gesunkene Prestige seiner Partei, der «*Democrazia Cristiana*», heben, sondern ganz allgemein Italien der westlichen Welt erhalten. Aus der Nichtbeteiligung der Sozialisten und Kommunisten am vierten Kabinett De Gasperi zu schließen, die rote Gefahr sei in Italien gebannt (wie es einige ausländische Zeitungen voreilig taten), erscheint uns durchaus irrig. Wenn Togliatti und Nenni *wollten*, könnten sie mit ihren Millionenparteien De Gasperi das Leben noch weit saurer machen als die französischen unterirdischen Drahtzieher seinem Kollegen Ramadier. Weshalb tun sie es nicht, wenn solche Störungsaktionen doch scheinbar auch im Interesse Moskaus lägen? Hierfür zirkulieren hierzulande zwei Erklärungen. Die eine lautet: der anerkannte «*buon senso*» des Italieners gewinne nun langsam die Oberhand und er beginne einzusehen, daß man mit Krawallaktionen keine wirtschaftliche Besserung erlangen kann. Daß ausländische Finanzhilfe eine *condition sine qua non* des italienischen Wiederaufstieges bedeutet, hat Togliatti dieser Tage *expressis verbis* zugegeben. Und daß die Leute arbeiten wollen und, sofern Rohstoffzufuhr etc. es ihnen gestattet, auch vermehrt produzieren, geht z. B. aus den steigenden Ablieferungszahlen der Fiatwerke deutlich hervor. Wer selbst im Wirtschaftsleben steht,

spürt diese erfreuliche Tendenz täglich aus hundert Einzelheiten. Was Italien auf wirtschaftlichem Gebiete schon wieder leistet, zeigt die eben eröffnete Mailänder Mustermesse deutlich. Diese «*buon senso*»-Theorie hat durch ein kürzliches Ereignis, das im Ausland viel zu wenig Beachtung fand, viele Anhänger gewonnen: wir meinen die nach zähen und langen Verhandlungen zwischen dem nationalen Arbeitgeberverband und der «*Confederazione Generale del Lavoro*» zustandegekommene Verlängerung des Lohnstoppabkommens um sechs Monate. Tatsächlich ist Italien seit einigen Wochen sozusagen streikfrei, was angesichts der französischen Streikwelle sicher lobende Erwähnung verdient. Daß übrigens die feinempfindliche Börse die Aussichten günstiger betrachtet, geht aus dem massiven Rückgang der Aktien- und Devisenkurse eindeutig hervor.

Aber für die rote Stillhaltepolitik gibt es auch eine andere Erklärung. Nenni und Togliatti wissen genau, daß ihre Parteien an den kommenden Wahlen den heißersehten Sieg nur erringen können, wenn es ihnen gelingt, die Linksflügel der Zentrumparteien, vor allem der «*Democrazia Cristiana*», abzuspalten und zu sich hinüberzuziehen. Dies können sie aber in der gegenwärtigen Wiederaufbauperiode nur durch «*Brave-Kind-Methoden*» erreichen. Die Italiener haben heute den «*Back to normalcy*»-Komplex. Man will nach zwanzigjährigem «*vivere pericolosamente*» und den Aufregungen der Kriegsjahre endlich wieder in Ruhe seine Kohlköpfe pflanzen und das Leben in Frieden genießen. Ruhestörer von rechts und von links werden mit scheelen Augen angesehen. Dieser Mentalität wissen sich die marxistischen Parteiführer glänzend anzupassen. Man vermeidet sorgfältig gewalttätige Aktionen irgendwelcher Art, läßt die ahnungslose Jugend tanzen und sonstwie harmlos sich amüsieren und nimmt dadurch der bürgerlichen Gegenpropaganda den Wind aus den Segeln. Man kann schließlich den politischen Gegner im Zentrum oder an der rechten Flanke auch anderswie heruntermachen und ihn diskreditieren, und dies wird reichlich besorgt. Was sich z. B. Don Basilio und ähnliche Blätter an die Adresse De Gasperis und des Vatikans erlauben, geht wirklich über die Hutschnur.

Wie das Schicksal Gesamteuropas, so wird auch dasjenige Italiens heute außerhalb seiner Landesgrenzen entschieden. Und deshalb sind Prognosen so schwierig.

Florenz, Ende Juni.

Peregrinus.

Militärische Umschau

Der Leidensweg des Armeeeinspektors

Vor 75 Jahren wurde der Militärorganisationsentwurf von 1872 knapp verworfen. Er war unter dem frischen Eindruck der Mängel unseres Wehrwesens während der Grenzbesetzung von 1870/71 entstanden. Schon damals wurde eine einheitliche Leitung der Ausbildung angestrebt. Die Ablehnung erfolgte nicht etwa dieser Frage wegen, sondern weil der Entwurf allgemein nicht genehm war. Der Mißerfolg veranlaßte zu einem behutsamen Vorgehen. Die Militärorganisation von 1874 ließ daher manche Forderungen unerfüllt. Leider gewöhnt man sich an Fehlorganisationen und kann sich infolgedessen kaum mehr von ihnen befreien. Die Bestrebungen der militärischen Fachleute erlahmten indessen nicht. In den neunziger Jahren forderte eine Konferenz der höheren Truppenkommandanten eine klare Lösung der Frage der Armeeleitung. Aber dieser Vorschlag erlitt wiederum das gleiche Schicksal wie die früheren. Das Jahr 1895 brachte eine Ablehnung, und so kam es, daß 1907 manches für die Armee Notwendige überhaupt nicht mehr vorgebracht wurde.

Der Aktivdienst 1914/18 deckte die Mängel unserer Organisation deutlich auf. Wille, Sprecher und andere militärische Führer forderten eine Neuordnung. Die Vorschläge unterschieden sich in einzelnen Punkten, im wesentlichen stimmten sie überein: Eine Armeeleitungsorganisation, die ermöglicht, die Armee im Frieden

wirklich kriegsgenügend, d. h. vor allem einheitlich auszubilden. Die nach dem Kriege vorhandene Abneigung gegenüber allem Militärischen erlaubte zunächst nicht, Fortschritte zu verwirklichen. Erst als ein neuer Krieg drohte und viele Laue Angst bekamen, schien es möglich, zum Ziele zu gelangen. Weite Offizierskreise, vor allem die Schweizerische Offiziersgesellschaft, traten für die Schaffung einer einheitlichen, militärischen Armeeleitung im Frieden ein und setzten sich insofern durch, als 1939 die Stelle eines Armeeeinspektors für die Koordinierung der gesamten Ausbildung zustande kam. Zuzufolge der kurz darauf erfolgten Kriegsmobilmachung gelangte die neue Friedensregelung vorerst nicht zur Durchführung. Wer geglaubt hatte, der Aktivdienst 1939/45 werde einen neuen Impuls geben, die Lösung von 1939 zu einem entscheidenden Fortschritt auszubauen, sah sich enttäuscht. Obgleich auch der Generalsbericht eine Verbesserung forderte, wurde der Schritt von 1939 kurzerhand rückgängig gemacht, indem die Stelle eines Armeeeinspektors gesetzwidrig unbesetzt blieb. Alte Abneigungen verbanden sich mit unliebsamen Erfahrungen des Aktivdienstes, obschon diese nur scheinbar mit dem in Frage stehenden Problem zusammenhängen.

In der Botschaft vom 6. September 1946 unterbreitete der Bundesrat den eidgenössischen Räten einen Vorschlag zu einer ungenügenden Neuregelung, ohne Armeeeinspektor. Sowohl die Vorgeschichte der Forderung einer einheitlichen Armeeleitung als auch der Kern der Frage wurden verschwiegen. Diese wurde auf die politische Ebene verschoben. Hier ist es leicht, mit unsachlichen Behauptungen aufzuwarten. In der Presse erhoben sich leider nur vereinzelte Stimmen gegen den bundesrätlichen Vorschlag. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft aber bemühte sich erneut, die unpolitische Forderung nach einer militärischen Armeeleitung zu begründen. In der Sitzung vom 20. Oktober 1946, an der 230 Delegierte der 20 500 Mitglieder zählenden Gesellschaft teilnahmen, wurde der kürzlich im Parlament erwähnte Vorschlag mit starkem Mehr angenommen. In der Sitzung vom 16. Mai 1947 bekannten sich der Vorstand der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich und die Delegierten der lokalen zürcherischen Sektionen, die 4650 Offiziere vertreten, einmütig zu diesem Vorschlag. Bedauerlicherweise fand sich weder in den vorbereitenden parlamentarischen Kommissionen noch im Parlament ein Redner, dem es gelang, die durch unrichtige Behauptungen hervorgerufenen falschen Vorstellungen zu zerstören. Einzig Nationalrat Bühler vertrat den Standpunkt der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, fand aber kein Gehör. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft hat sich im Lauf ihrer mehr als 100 Jahre alten Geschichte größte Verdienste um die Entwicklung unserer Armee erworben. Zur Zeit scheinen in der Bundesversammlung die Begehren der Gewerkschaften mehr Gehör zu finden. Von gegnerischer Seite wurden wiederum die längst widerlegten falschen Darstellungen gegeben, so jene, ein Armeeeinspektor würde die erforderliche Suprematie der zivilen über die militärischen Instanzen gefährden. In der Schweiz gibt es niemanden, welcher die militärischen Stellen den zivilen gleich- geschweige denn überordnen wollte. Aber durch Schreckgespenste läßt man sich leicht betören.

Der Armee ist erneut ein dringend notwendiger Fortschritt verweigert worden. Der neueste Entscheid mag noch so sehr den Anschein des Endgültigen erwecken — der «Vorwärts» schrieb am 5. Juni einen triumphierenden Leitartikel «Der Herr Armeeeinspektor wird beerdigt» —, ein Postulat, für das zuständige militärische Fachleute, die Schweizerische Offiziersgesellschaft und einige einsichtige Politiker seit Jahren gekämpft haben, läßt sich nicht so einfach erledigen. Hoffentlich bedarf es nicht einer akuten Gefahr, um schließlich doch eine saubere Lösung herbeizuführen.

Gouverner c'est prévoir

Die wechselnde politische Lage während des Aktivdienstes zwang häufig zu einer Umstellung der Truppenaufgebote. Heute aber haben wir normale Verhältnisse,

Daher widerstreben Umstellungen, die nicht durch höhere Gewalt diktiert werden, dem soldatischen Denken. Es liegt dann eine Situation vor, die der alte Spruch charakterisiert: «Rinn in die Kartoffeln — Raus aus den Kartoffeln — ordre, contre-ordre, désordre». Am 7. Februar wurde das Tableau der Wiederholungskurse veröffentlicht, und schon am 28. März brachten die Zeitungen die Meldung, daß die Feldbatterien 42 und 52 statt als Übungsbatterien in die Offiziersschulen einzurücken, ihren W. K. im Rahmen ihrer Abteilung zu bestehen hätten, weil die Offiziersaspiranten motorisiert ausgebildet würden. Die eine Batterie mußte unter diesen Umständen innerhalb von 4 Wochen einrücken. — In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, weshalb überhaupt dieses Jahr noch in 2 Rekrutenschulen rund 900 Artillerierekruten hippomobil ausgebildet werden? Da 1949 die Motorisierung der Feldartillerie beendet sein wird, müssen diese hippomobil ausgebildeten Soldaten nächstes oder spätestens übernächstes Jahr bereits wieder umgeschult werden. Eine motorisierte Ausbildung hätte im übrigen den Vorteil gehabt, daß die noch nicht motorisierten Abteilungen bei der Umbewaffnung und Motorisierung in den Jahren 1948 und 1949 bereits über einen Stock motorisiert ausgebildeter Kader und Mannschaften verfügt hätten.

Das *Prévoir* spielt sodann bei der Vorbereitung des *Budgets* eine ausschlaggebende Rolle. Auf der einen Seite ist sicher mit Vorstößen gegen das Budget zu rechnen, andererseits verbietet das Ansehen von Bundesrat und Parlament eine nochmalige gesetzwidrige Verkürzung der W.K.-Dauer. Es ist daher notwendig, die Frage mit der allergrößten Sorgfalt zu prüfen, ob und wo Einsparungen möglich sind, welche die Schlagkraft der Armee nicht beeinträchtigen. Zunächst sollten alle Aufwendungen für zivile Ausgaben aus dem Militärbudget entfernt werden, weil sonst ein falsches Bild entsteht. Vor kurzem wurde durch Angliederung der bisher dem E. M. D. unterstellten Zentralen Arbeitsnachweisstelle an das Personalamt des Finanzdepartements ein löblicher Anfang gemacht. Die Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung gehört aber ebensowenig zum Militärdepartement. Auch die Ausgaben für die Militärversicherung, zivile Schutzmaßnahmen, Landestopographie und Pulververwaltung, die mit den weiter oben erwähnten Abteilungen rund 13 Millionen kosten, gehören nicht hierher. Die Turn- und Sportschule Magglingen, die den Staat 3,7 Millionen zu stehen kommt, gehört zur öffentlichen Gesundheitspflege und nicht zur Landesverteidigung.

Wieso im Voranschlag von 1947 noch ein Posten von 26,4 Millionen für Rechnung des Aktivdienstes figuriert, der am 20. August 1945 zu Ende ging, ist unverständlich. Trotz des Mangels an Arbeitskräften werden noch 1315 Personen auf Konto Aktivdienst beschäftigt. Interessanterweise sind im Voranschlag der Kriegsmaterialverwaltung im Jahre 1947 auf Rechnung des Aktivdienstes 276 Personen mehr aufgeführt als 1946. — Die vorgesehene Reduktion der Kavallerie und eine Beschränkung der Remontierung der älteren Jahrgänge werden eine spürbare Entlastung bringen. Ein Zusammenlegen der Pferderegianstalt und des Kavallerieremontendepots, die mit 752 Beamten, Angestellten und Arbeitern aufgeführt sind, würde nicht nur eine organisatorische Vereinfachung, sondern erhebliche Einsparungen zur Folge haben.

Während des Krieges wurden die Anforderungen an die sanitärische Tauglichkeit erheblich herabgesetzt. Soweit die Leute, die weder den Anstrengungen einer Rekrutenschule noch des Aktivdienstes gewachsen waren, seither nicht wieder ausgemustert wurden, sollten sie jetzt einer scharfen sanitärischen Kontrolle unterzogen werden. Sie belasten nicht nur die Armee, sondern auch das Budget.

Schließlich drängt sich eine Reduktion des Personalbestandes der Militärverwaltung auf, der mit seinen rund 10 000 Mann die Hälfte des Personalbestandes der gesamten Zentralverwaltung des Bundes, ohne PTT-Betriebe und Bundesbahnen, ausmacht. Im Vergleich zu den großen Beständen einzelner Anstalten weist das *Lehrpersonal* der Armee nur die äußerst bescheidene Zahl von 541 Mann auf, von denen

480 Offiziere und Unteroffiziere, also nur 4,8% des gesamten Personalbestandes der Militärverwaltung, auf das eigentliche Instruktionkorps entfallen. Dabei sagt unser Dienstreglement: «Die Instruktionsoffiziere sind im Friedensdienst die wichtigsten Träger soldatischer Überlieferung und militärischer Grundsätze.» Es ist eine bei uns immer wieder beobachtete Tatsache, daß für die eigentliche Ausbildung Geld schwerer erhältlich ist als für materielle Ausgaben. Es ist daher nützlich, sich an die Worte *Montgomerys* zu erinnern, wonach die Moral der wichtigste Faktor im Kriege ist und ohne hohe Moral kein Erfolg errungen werden kann, so gut auch immer der strategische Plan oder irgend etwas anderes sein mag.

Ende Juni.

Miles.

★ Kulturelle Umschau ★

Zürcher Juni-Festspiele

Zwei Werke Richard Wagners

«Dämmert der Tag oder leuchtet die Lohe?» So singt eine Norn in der geheimnisvoll-düsteren Nachtszene, die den letzten Abend des gewaltigen «Rings» einleitet. Tag, Dämmerung, Nacht — nicht nur auf dem vom ruhelos flackernden, stets verneinenden und das Chaos wollenden Loge umloderten Brünnhildenfelsen, nein! in der ganzen Welt kreisen die Schicksale der Menschen und Völker zwischen Licht und Dunkel, Heil und Vernichtung. Nie stellte sich die Frage ernster als heute, ob wir alle endlich Frieden finden oder aber die Zerstörung alles dessen fürchten müssen, was den Generationen vor uns lieb und heilig war. Alles liegt heute in düsterem Zwielflicht, im «twilight», wie englisch die Götterdämmerung und das Ende der Welt heißt. Oh! der «Ring» ist zeitgemäßer als je. Als ob das selbstverständlich wäre, wird heute von neuem Krieg gesprochen. Noch wäre die Wegräumung des Schuttes in Europa eine Arbeit von Jahrzehnten. Im Mai sieht eine deutsche Großstadt für «Baumaßnahmen» 92 Millionen RM. und gleichzeitig 72 Millionen RM. für «Enttrümmerung» vor. Europa erstickt in Schutt und Rost, der immer mehr sich auch in die Seelen hineinfrißt. Die Wirtschaft schwankt zwischen Hochkonjunktur und Bankerott. Stück um Stück bröckelt von ehemaligen Weltreichen ab; bald kommt die Zeit, da weder Reichtümer noch Soldaten mehr von Völkern bezogen werden können, die oft wiederholte Versprechen von Selbständigkeit zu wörtlich genommen haben. Neue Ländernamen tauchen auf, wie zum Hohn auf ihre bisherigen «Mutterländer». Bald wird Europa keine Kolonien mehr besitzen, dafür aber selbst Kolonie werden und Kanonenfutter liefern müssen, als ausgebeuteter, unfreier Spielball für ein oder zwei ihm innerlich fremde Mächte.

Wotan ist Knecht der Verträge, dank denen er herrscht. Man wende diese Einsicht auf heutige Herrscher und Staaten an. Wohl sucht er einen freien Helden, der für ihn wirke. Aber Fricka, wie die hellenische Hera Hüterin von Ehe und Sitte, beweist ihm seinen Irrtum: er muß Siegmund opfern und von seiner liebsten Tochter für ewig scheiden. Denn des innersten Sinnes ihres Vaters mitleidend bewußt, schützte sie den unseligen Walsung und rettete seinen ungeborenen Sohn. Doch Siegfried wäre frei? Er ist nicht an Wotan und dessen Verträge gebunden, hat von ihm weder Hilfe noch Waffe erhalten, ja, er zerschlug des Gottes Verträge schützenden Runenspeer — und doch vermag auch dieser scheinbar Allerfreieste (den Nietzsche so bewunderte) das Schicksal nicht aufzuhalten.

Dreimal erschallt, bevor wir die Nornen sehen, wie ein warnender Ruf jener Akkord der Weltbegrißung durch die erweckte Brünnhilde. Aber statt der strahlen-